

Die Fragen stellte der selbstständige Landwirt Volker Dreses aus Warstein-Haarhöfe in Westfalen.

**Volker Dreses:**

*Frau Bundeskanzlerin, nächsten Mittwoch sind Sie zu Gast beim Deutschen Bauerntag in Berlin. Wir Landwirte sorgen für sichere und erschwingliche Nahrungsmittel und werden doch öfter als Tierquäler, als Wasserverschmutzer, als Zerstörer für Flora und Fauna gesehen. Welche Bedeutung haben Bauern und Landwirtschaft für Sie?*

**Bundeskanzlerin Angela Merkel:**

Mein Besuch beim Deutschen Bauerntag ist ja ein Bekenntnis dazu, dass ich glaube, dass wir eine starke Landwirtschaft brauchen. Und zu der Landwirtschaft gehören die Landwirte, die Bauern, die eine zum Teil sehr schwierige Arbeit in der Natur machen, die ein Gefühl dafür haben, dass es Jahreszeiten gibt, dass das Wachstum seinen Rhythmus hat. Und ich glaube, das ist für unsere Gesellschaft auch sehr, sehr wichtig. Wir haben sehr strenge Regeln für den Betrieb der Landwirtschaft. Wir haben diese Regeln auch immer wieder angepasst, und deshalb ist die gute landwirtschaftliche Praxis – das, was angewandt wird von den Bauern – der Maßstab, den wir vertreten können. Und deshalb bin ich dagegen, dass man irgendwelche Pauschalurteile fällt, sondern ein Dankeschön zu den Landwirten sagt; und ansonsten natürlich da, wo es – im fast landwirtschaftlichen Sinne gesprochen – schwarze Schafe gibt, natürlich dies auch beim Namen nennt. Aber die überwältigende Mehrheit der Bauern tut eine wirklich wichtige Arbeit für unser ganzes Land, zumal wir alle auch regionale Produkte essen wollen.

*Als aktiver Landwirt möchte ich von Ihnen wissen, warum die Landwirtschaft mit immer mehr Auflagen und Vorschriften konfrontiert werden muss. Viele Betriebe sind damit überfordert und geben auf. Wie wollen Sie verhindern, dass es demnächst nur noch Großbetriebe gibt?*

Wir versuchen, die verschiedenen Betriebsgrößen zu unterstützen, und auch gerade die kleineren und mittleren Bauern gehören zur Vielfalt dazu. Ich weiß, dass es viel Klage über Bürokratie gibt. Wir haben auch schon viele Anstrengungen gemacht, um gegen die Bürokratie vorzugehen. Und ich denke, gerade die Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 muss hier noch mal einen Akzent setzen. Ich habe mich neulich intensiv mit Bauern unterhalten, und wenn man die zweite Säule der Agrarpolitik sieht, dann ist hier wirklich ein großer bürokratischer Brocken zu bewältigen. Und wenn man – und ich möchte das – gerade kleine und mittlere Bauernbetriebe schützen will, dann muss das einfacher werden und auch unbürokratischer gehen. Ich denke auch, in Zeiten der Digitalisierung muss das möglich sein. Und es darf auch nicht beständig das Misstrauen hinter jeder Regelung hervorgucken. Auf der anderen Seite brauchen wir zum Teil auch immer wieder strengere

Vorschriften; wenn ich jetzt zum Beispiel an Nitrate denke – da haben wir lange daran gearbeitet, auch mit den Bauern zusammen. Und ich glaube, wir haben uns in allen Umweltvorschriften weiterentwickelt in den Jahrzehnten. Da bitte ich einfach auch, dass die Landwirte sehen, dass sie damit dann auch ein gutes Werk tun und dass das notwendig ist. Wir versuchen, auch den Bauern zur Seite zu stehen. Wenn ich an die Milchkrise denke, so hat die Europäische Union hier etliche Maßnahmen ergriffen. Das war eine sehr schwere Zeit für viele Bauern. Aber ich glaube, wir haben auch versucht zu handeln und zu unterstützen.

*Stichwort Glyphosat. Das Bundesumweltministerium hat letztes Jahr der Verlängerung der Zustimmung widersprochen, das Landwirtschaftsministerium hat den Wirkstoff als unbedenklich eingestuft. Auch das europäische Chemikalieninstitut in Helsinki hält ihn inzwischen für unbedenklich. Stimmen Sie der Zulassungsverlängerung jetzt zu?*

Wir müssen für so etwas immer eine einheitliche Haltung in der Bundesregierung haben. Wir haben von der Seite der Union in der Bundesregierung immer erklärt, dass wir der Verlängerung zustimmen würden, weil wir wissen: Natürlich werden Pflanzenschutzmittel nur unter den strengsten Bedingungen angewandt. Aber – Sie haben die Institutionen genannt, die sich alle für eine Weiterverwendung für Glyphosat ausgesprochen haben – wir müssen jetzt abwarten. Die Europäische Kommission hat ja für eine bestimmte Zeit eine Entscheidung getroffen. Aber wir müssen dann noch einmal abstimmen, und das wird dann erst im Herbst, nach der Bundestagswahl, sein können.

*Auf der einen Seite möchten viele eine Landwirtschaft sehen, wo die Tiere im Freiland gehalten werden. Auf der anderen Seite erleben wir, dass der Wolf das zunehmend behindert. Man will sogar noch mehr Wölfe ansiedeln. Denken Sie auch an die Schaf-, Rinder- und Pferdehalter, die morgens auf ihre Wiese kommen und gerissene Tiere nortöten müssen?*

Ja, also, wir denken daran. Und wir haben jetzt ja auch sehr viele Erfahrungen. Einerseits ist natürlich die Rückkehr des Wolfs aus der Sicht der Artenvielfalt eine erfreuliche Mitteilung. Aber wir haben inzwischen Situationen, wo wirklich beträchtlicher Schaden entsteht. Deshalb haben fast alle Bundesländer auch sogenannte Wolfsmangementpläne aufgelegt und wollen auch den Bedürfnissen und den berechtigten Fragen der Landwirte entgegenkommen. Und die Bundesregierung hat hierzu auch ein Beratungszentrum eingerichtet. Das heißt, wir sind uns der Herausforderung bewusst. Und wir werden versuchen, mit den Landwirten zusammen gute Lösungen zu finden.